

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Malin Fichter

Korruption in Kabuls Stadtverwaltung

Zwei hochrangige Beamte der Stadt Kabul wurden aufgrund von Korruptionsvorwürfen verhaftet, so die Khaama Press am 29.05.2016. Ein Sprecher der Stadt bestätigte die Festnahme der Beamten Eng Mohammad Akrami und Ahmad Kamal Qasimyar durch die *Major Crimes Task Force* des Innenministeriums. Der Ingenieur Akrami ist stellvertretender Verwaltungs- und Finanzchef, und Qasimyar ist Leiter der Personalabteilung der Stadtverwaltung Kabuls. Das Innenministerium habe Beweise, die belegen, dass die beiden ihre Autorität missbraucht und Schmiergelder angenommen haben. Genauere Informationen wurden noch nicht preisgegeben. Die afghanische Regierung zeigt sich bemüht, gegen das wachsende Problem der Korruption vorzugehen. Mit diesen Verhaftungen hat sie ein Exempel statuiert. Staatsanwalt Farid Hamidi kündigte eine ernstzunehmende Kampagne gegen Korruption an. Aschraf Ghani versucht seit seiner Wahl zum Präsidenten 2014, das Korruptionsproblem in Afghanistan in den Griff zu kriegen. Seit dem Sturz der Taliban 2001 seien mehrere Milliarden Euro an Hilfgeldern versickert. Laut Ghani bereichern sich vor allem korrupte Amtsträger an den Geldern, während 41 Prozent der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze, also mit weniger als 1,25 US-Dollar am Tag, leben müssen. Afghanistan stand 2015 im Korruptionsindex von Transparency International ganz unten - auf Rang 172 von 174.

Frühjahrsoffensive der Taliban

Die Taliban kündigten für das Jahr 2016 eine Großzahl von Angriffen in Afghanistan an. „Wir werden in diesem Jahr konventionelle Operationen durchführen, um große Städte zu erobern“, sagte Talibansprecher Sabiullah Mudschahid der US-Militärzeitung *Stars and Stripes*. Damit sagten sie der afghanischen Armee (ANA) und den in Afghanistan stationierten ausländischen Soldaten den Kampf an. Die Taliban haben seit dem Abzug der internationalen Kampftruppen Ende 2014 ihre Angriffe gegen die Regierung deutlich verstärkt. Sie eroberten bereits Gebiete im Süden des Landes und fügten der afghanischen Armee schwere Verluste zu. Ein Versuch, mit den Extremisten zu verhandeln und die Offensive abzuwehren, scheiterte bislang. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg verkündete jedoch, dass es keinen Kampfeinsatz der NATO gegen die

Offensive geben werde. John Campbell, ehemaliger NATO-Kommandeur der USA, empfiehlt dagegen dringend, Luftangriffe gegen die Taliban zu fliegen.

Vermehrte Anschläge auf afghanische Einrichtungen und Armeeingehörige

Bei einem Angriff auf eine Einrichtung afghanischer Sicherheitskräfte wurden mindestens 15 Mitarbeiter des Geheimdienstes NDS (*National Directorate of Security*) getötet. Dies war der erste größere Angriff der Taliban seit der Ankündigung ihrer Frühjahrsoffensive. Laut Innenministerium sprengte sich der Selbstmordattentäter mit seinem Wagen in der Nähe der Geheimdienstzentrale in die Luft. Nach Angaben des Talibansprechers Zabihullah Mudschahed ist es dabei gelungen, in die Geheimdienstzentrale einzudringen, was von offizieller Seite allerdings nicht bestätigt wurde. In der Provinz Nangarhar im Osten Afghanistans, verübte ein Selbstmordattentäter Mitte April einen Anschlag auf einen Bus der afghanischen Armee. Dabei starben mindestens zwölf Menschen und etwa 28 wurden verletzt. Der Attentäter hatte den Bus mit einer Rikscha gerammt, die mit Sprengstoff beladen war. Bei den Opfern handelte es sich um junge Männer, die sich gerade erst zum Armeedienst verpflichtet hatten und auf dem Weg zu einem Ausbildungszentrum in Kabul waren. Bereits im Februar dieses Jahres wurde ein Selbstmordanschlag auf einen Armeebus in Dehdadi, nahe der Provinzhauptstadt Masar-i-Scharif durch die Taliban verübt. Es starben mindestens drei Soldaten und etwa 20 wurden verletzt.

Zunehmende Gewalt gegen Bildungseinrichtungen führt zu Schulschließungen

In Afghanistan müssen immer mehr Schulen geschlossen werden. Grund dafür ist die zunehmende Gewalt gegen Bildungseinrichtungen. Laut einem Bericht von UNO und UNICEF vom April 2016 konnten im Jahr 2015 etwa 140.000 Schüler/-innen nicht mehr unterrichtet werden. An die 600 Lehrkräfte waren daran gehindert, ihrer Arbeit nachzugehen. Es gab 132 Übergriffe auf Bildungseinrichtungen, was einem Anstieg von 86 Prozent im Vergleich zum Jahr 2014 und von 110 Prozent bezogen auf das Jahr 2013 entspricht. Dabei handelte es sich um Sprengstoffattaken, Brandstiftung und Entführungen. Etwa 20 Angriffe richteten sich direkt gegen die Schulbildung von Mädchen. In vielen Fäl-

len wurden Lehrkräfte misshandelt, entführt oder bedroht, weil sie mit der Regierung zusammenarbeiteten. Die meisten Anschläge wurden von den Taliban, etliche aber auch von anderen militanten Gruppen verübt. Zudem hätten Regierungstruppen Schulen für militärische Zwecke missbraucht. Vor allem der Nordosten und der Westen Afghanistans sind betroffen. Die Angriffe wurden vom UNO-Sondergesandten für Afghanistan, Nicholas Haysom, scharf kritisiert. Lehrkräfte und Schüler/-innen müssten besser geschützt werden.

Afghanische Armee noch nicht kampfbereit

Die afghanische Armee (ANA) ist laut NATO zum größten Teil nicht einsatzbereit. Trotz internationaler Finanzhilfen in Milliardenhöhe habe sich die Lage am Hindukusch verschlechtert. Nur eine der 101 Einheiten wird als kampfbereit eingestuft. 38 Truppen hätten große Schwierigkeiten. Etwa zehn Einheiten mit je 600 Soldaten seien überhaupt nicht einsatzfähig. Vor allem im schwer umkämpften Süden sei die Lage katastrophal, so NATO-Kommandeur John Campbell. 2015 habe die ANA jeden Tag durchschnittlich 22 Soldaten verloren, 42 Prozent mehr als im Vorjahr. Etwa ein Drittel der Kampfeinheiten geht jährlich verloren, zum Teil durch Deserteure, die fliehen oder zu den Taliban überlaufen. NATO-Generalsekretär Jens Stolten bestätigte, dass die Ausbildungs- und Beratermission der NATO für die afghanische Armee bis auf Weiteres verlängert wurde. Aktuell stellen die Alliierten und ihre Partner 12.000 Soldaten, 900 davon sind von der Bundeswehr. Es war geplant, 2016 den größten Teil der NATO-Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Doch die anhaltende Gewalt und die Probleme der ANA haben zum Umdenken geführt. Beim Bündnistreffen der NATO im Juli 2016 in Warschau soll über die Verlängerung des internationalen Einsatzes und über weitere Finanzhilfen in Milliardenhöhe entschieden werden.

Neuer Talibanchef ernannt

Talibanchef Mullah Akhtar Mansoor wurde im Mai 2016 bei einem gezielten Drohnenangriff der USA getötet. Erst vor einem Jahr war er zum Chef ernannt worden, nachdem sein Vorgänger Mullah Omar gestorben war. Drei Tage haben Talibankommandeure darüber beraten, wer Mansoors Nachfolger werden soll. Es wurde schließlich Mullah Haibatullah Akhunzada, der ehemalige Vizechef, bestimmt. Der 50-jährige ist religiöser Gelehrter und Richter, er gilt als Hardliner. Bei der Wahl des neuen Anführers ist es dieses Mal nicht zu Streit zwischen den Fraktionen

der Taliban gekommen. „Wir trauern um Mullah Mansoor, aber wir hoffen, dass die Taliban jetzt geeint und gestärkt aus dieser Phase hervorgehen“, sagte ein Talibankommandeur Spiegel-Online. Stellvertreter von Akhunzadas wurden Mullah Omars Sohn Mullah Mohammed Yaqoob und Sirajuddin Hakkani vom Hakkani-Netzwerk, welches die US-Truppen in Afghanistan stets besonders stark bekämpft hat. Die pakistanische Regierung soll Mansoor an die USA verraten haben. Dafür wird sie nun von den Taliban, ebenso wie vom pakistanischen Militär, heftig kritisiert. Der pakistanische Militärgeschichtsdienst (ISI) hatte Mansoor geschützt. ISI geht davon aus, dass die Taliban in Afghanistan womöglich bald wieder regieren werden. Die USA sahen in Mansoor zunehmend eine Bedrohung. Er habe mehrere Anschläge gegen US-Einrichtungen in Kabul geplant. Das Ziel Obamas, durch den Tod Mansoors den Friedensprozess voranzutreiben und die Taliban zu schwächen, scheint jedoch nicht erreicht worden zu sein, denn unter dem neuen Chef Akhunzadas dürfte die Gewalt noch zunehmen. Talibanensprecher kündigten bereits an, sie wollten den Kampf gegen die ausländischen Truppen verstärken. Pakistan und Afghanistan müssen also mit noch mehr Terror rechnen.

Rechtlicher Schutz für Frauen und Mädchen, die vor Gewalt fliehen: HRW fordert Ghani auf durchzugreifen

Human Rights Watch (HRW) hat die afghanische Regierung aufgefordert, das unrechtmäßige Inhaftieren und Erniedrigen von vor Gewalt fliehenden Frauen und Mädchen zu beenden. Die Regierung müsse konkrete Reformen durchsetzen und sicherstellen, dass Betroffene rechtlichen Schutz erhalten. In Afghanistan sitzen momentan Hunderte Frauen im Gefängnis. Ihnen wird unter anderem vorgeworfen, von zu Hause davongelaufen zu sein oder außerehelichen Geschlechtsverkehr gehabt zu haben, was oftmals durch sogenannte Jungfräulichkeitstests „bewiesen“ wird. Die meisten dieser Mädchen und Frauen flohen vor erzwungener Kinderheirat oder häuslicher Gewalt. Vergewaltigungsoffer werden eingesperrt, weil ihnen außerehelicher Geschlechtsverkehr unterstellt wird. Präsident Ghani hatte versprochen, die Festnahmen von schutzbedürftigen Frauen und Mädchen zu stoppen. Dies sei laut HRW ein wichtiger Schritt hin zur Umsetzung der Frauenrechte in Afghanistan. Zu lange schon seien vor Gewalt Fliehende wie Verbrecherinnen behandelt worden, während die wahren Täter ungestraft blieben. Doch Ghanis Versprechungen seien noch keine sichtbaren Taten gefolgt. HRW forderte ihn deshalb erneut auf durchzugreifen.